



2. Februar 2021



Liebe Leserinnen, lieber Leser,

der mehr als holprige Impfstart in Nordrhein-Westfalen offenbart abermals das Chaos und die Einfallslosigkeit dieser Landesregierung. Fatal, denn die Impfung gilt als großer Hoffnungsträger in der Bekämpfung der pandemischen Lage, die wir alle gerne hinter uns lassen würden.

Dass die eklatanten Fehler dieser Landesregierung fast täglich zum Thema werden, ist auch für uns schwer erträglich: Es kam zu chaotischen Verhältnissen bei der Verteilung der Impftermine. Beim bisherigen Impfstand findet sich Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Ranking auf den Schlussplätzen wieder. Die Schulen werden von Schwarz-Gelb völlig alleine gelassen.

Darüber hinaus hat die Mitte-Rechts-Koalition ein neues Pandemiegesetz eingebracht, das die Rechte des Parlaments weiter einschränken soll. Wir werden im Beratungsverlauf für öffentlichen Druck sorgen und versuchen, diese Einschränkungen zu verhindern. Das alles sorgte in den vergangenen Tagen berechtigterweise für enorme Kritik an der Regierung Laschet.

Wir finden: Das alles wäre vermeidbar gewesen. Das Land NRW kann mehr.

In der Landespressekonferenz hat Thomas Kutschaty, der als Spitzenkandidat für die NRW-Wahl 2022 antreten wird, die Schwerpunktthemen für das kommende Jahr vorgestellt: **Bildung, Arbeit, Wohnen** und **Gesundheit**.

Wir arbeiten täglich daran den Menschen in Nordrhein-Westfalen eine sozialdemokratische Alternative zum Laschet-Chaos zu bieten. Dazu auf den folgenden Seiten mehr.

Herzliche Grüße!

Ihre

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aus dem Landtag

Schlingerkurs bei der Impfstrategie muss endlich beendet werden!

Viele Menschen dieses Landes setzen große Hoffnungen auf die Impfung, als ein geeignetes Mittel, um die Corona-Krise endlich zu bewältigen. Der Impfstart lief anders als geplant. Die Frustration der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist daher verständlicher groß.

Terminliches Hin und Her, tagelanges Besetztzeichen bei der Terminvergabe, abrupte Unterbrechungen der Impfungen, das alles gefährden die Impfbereitschaft. Hier muss ein klares Konzept der Landesregierung her.

[Zum Antrag 17 / 12439](#)



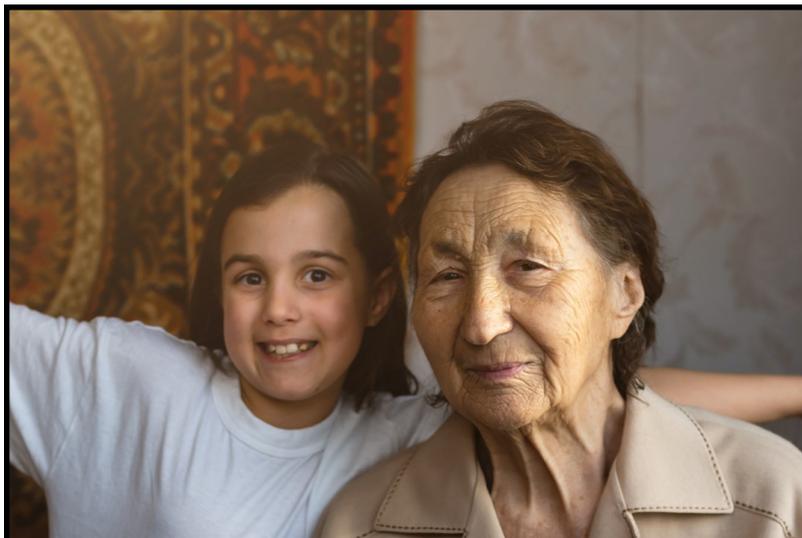
Copyright by www.pixabay.com

Impfungen so niedrigschwellig wie möglich – flexible Lösungen vor Ort möglich machen!

Trotz misslungenem Start: Es gilt schnellstmöglich viele Menschen zu impfen. Damit das überall gleich gut gelingt, egal ob in Kreisen oder kreisfreien Städten, brauchen die Kommunen in NRW mehr Freiheiten bei der individuellen Organisation.

[Zum Antrag 17 / 12376](#)

Teilhabe statt Ausgrenzung – Ja zur doppelten Staatsbürgerschaft



Copyright by SPD-Landtagsfraktion NRW

Über 50 Jahre lang in Deutschland malochen, aber nicht in der eigenen Stadt wählen dürfen? Realität für viele Menschen aus der ersten Einwanderungsgeneration. Diese politische Ausgrenzung wollen wir nicht länger hinnehmen. Deshalb haben wir uns für die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft und erleichterte Einbürgerungsbedingungen für die erste Einwanderungsgeneration stark gemacht.

[Zum Antrag 17 / 12375](#)

Sowi Bleibt! - Petition unterzeichnen!



Die Landesregierung plant das Schulfach Sozialwissenschaften durch das Fach Wirtschaft zu ersetzen. Dabei fördert Sozialwissenschaften kritisches Denken und die konstruktive Auseinandersetzung mit gesellschaftlich und politisch begründeten, religiös wie kulturell gebundenen und ökonomisch orientierten Einstellungen. Schüler:innen legen mit Erfahrungen und Erkenntnissen aus dem Fach erste Grundsteine, um als mündige Bürger:innen dieses Landes partizipieren zu können. Mittlerweile haben fast 30.000 Menschen dagegen ihren Protest in einer Online-Petition bekundet. Auch für uns stand und steht fest: #SowiBleibt!

[Zur Petition](#)

Einen Neustart in der Bildung wagen!



In der Bildungspolitik fährt die Regierung Laschet schon seit Beginn der Corona-Krise nur auf Sicht. Es scheint als wolle Schwarz-Gelb die Pandemie einfach aussitzen, um in NRWs Schulen dann wieder zur Tagesordnung überzugehen. Bis dahin wird weitere, wertvolle Zeit verstreichen, die zu Lasten der Schüler/-innen dieses Landes geht. Die pandemische Situation ist nicht mehr neu: Es braucht mutige Entscheidungen, für einen Neustart in der Bildung!

[Zum Antrag 17 / 12374](#)

Distanzlernen für alle möglich machen – jetzt!

Sofort-Maßnahmen für das Distanzlernen

1. **Ausreichendes Datenvolumen zur Verfügung stellen**
2. **Distanzlerninhalte auch für Notbetreuung umsetzen**
3. **Zusätzliche Lernräume für Kinder ohne häusliche Lernumgebung**
4. **Besseres Monitoring Kindeswohl**

#MaßnahmenZumDistanzlernen 1/2

Noch mindestens bis zum 14.02. geht es für Millionen Schüler:innen in NRW in den Distanzunterricht.

Die Landesregierung darf die Schulen bei der Planung und Umsetzung nicht länger alleine lassen. Mit unseren Sofortmaßnahmen haben wir der Landesregierung abermals einen Vorschlag gemacht, wie erfolgreiches Lernen, trotz aller Widrigkeiten, für alle gewährleistet werden kann.

Sofort-Maßnahmen für das Distanzlernen

5. **Stabilität durch feste Kleingruppen**
6. **Einrichtung eines Sorgentelefon für Eltern und Kinder**
7. **Arbeitszeitreduzierung für Eltern stärker ermöglichen**
8. **Luftfilter zentral organisieren**

#MaßnahmenZumDistanzlernen 2/2

[Zum Antrag 17 / 12440](#)

Aus dem Wahlkreis

Kommunen bekommen keine Hilfe aus dem Rettungsschirm: Gelsenkirchen muss dem Land 16 Millionen Euro zurückzahlen

Einbrechende Steuereinnahmen bei Bund und Land durch die Corona-Pandemie wirken sich auch auf die Finanzmittel der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen aus. Der Landtag hat beschlossen diese Einbrüche auszugleichen und durch die fehlende Summe aufzustocken. Unter Aufstockung versteht die schwarz-gelbe Landesregierung allerdings lediglich die Erhöhung des Kreditvolumen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2021 in Höhe von rund 943 Millionen Euro. Bedeutet im Klartext: Diese Summe muss dem Land zurückgezahlt werden.

„CDU und FDP haben sich dafür entschieden den Kommunen ein vergiftetes Geschenk zu machen“, beschreibt der SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier die Entscheidung des Landtags, „Anstatt den Kommunen die Steuerausfälle aus dem NRW-Rettungsschirm auszugleichen, bekommen sie lediglich neue Schulden aufgebürdet.“



Copyright by Büros Watermeier

„Konkret drücken CDU und FDP der Stadt Gelsenkirchen insgesamt rund 16 Millionen Euro zusätzliche Schulden aufs Auge. Als SPD-Fraktion haben wir uns für echte Finanzhilfen und nicht für weitere Schulden ausgesprochen. Der Rettungsschirm des Landes bietet dafür die rechtliche Grundlage und Möglichkeit. Die Landesregierung und die CDU/FDP-Mehrheit betätigen sich hingegen lieber als Schuldentreiber unserer Kommunen“, kommentiert SPD-Landtagsabgeordnete Heike Gebhard das Vorgehen.

Hintergrund: Die Kommunen in NRW (Städte, Gemeinden, Kreise und die beiden Landschaftsverbände) werden zu 23 Prozent an den Einnahmen aus den sogenannten Verbundsteuern beteiligt. Die Verteilung dieses 23-prozentigen Anteils auf die 396 Städte und Gemeinden und 31 Kreise wird über das sogenannte Gemeindefinanzierungsgesetz jedes Jahr geregelt. Corona-bedingt sinken die Einnahmen aus den Verbundsteuern. Somit sinkt auch der 23-prozentige Anteil der Kommunen. Diesen Ausfall stockt die Landesregierung mit einem Kredit in Höhe von insgesamt gut 942 Millionen Euro auf.



Copyright by Büros Watermeier und Gebhard

Am 27. Januar, dem Internationalen Holocaust Gedenktage, erinnern wir an die Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Seit 2005 wird jährlich an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau gedacht. Anlässlich des Gedenktags werden Menschen auf der ganzen Welt dazu aufgerufen, sich an der Kampagne #WeRemember des World Jewish Congress zu beteiligen.

Impfungen vor Ort

Trotz guter Vorbereitung durch die Stadt: Durchwachsener Impfstart in Gelsenkirchen

Viele Hoffnungen und Erwartungen wurden an den Impfstart gerichtet. Die Stadt Gelsenkirchen hat sich gut auf den Tag X vorbereitet: Die Emscher-Lippe-Halle ist als Impfzentrum einsatzbereit, für Bürger:innen, die mobilitätseingeschränkt sind, gibt es einen Taxi-Shuttle zum Impfzentrum. Die Kommune übernimmt dazu den Großteil der Kosten. Im Anschluss an die Nachmittagsschicht werden auch Beschäftigte der ambulanten Pflege eingesetzt, um die Kapazitäten immer voll ausschöpfen zu können. Die Stadt hat ihre Hausaufgaben gemacht, doch leider gilt das nicht für die schwarz-gelbe Landesregierung.

Von Beginn an kam es zu Problemen bei der Terminvergabe: Besetzte Leitungen, Fehlermeldungen, keine gemeinsamen Vergabe von Erst- und Zweitermin, der Hinweis „alle verfügbaren Termine sind vergeben“ - der Impfaufakt, das heißt die Terminvergabe an Menschen über 80 Jahren verlief am vergangenen Montag mehr als schleppend. Unter dem hohen Andrang litten die Systeme. Das betraf auch viele Menschen in und aus Gelsenkirchen. Die Kritik an der Terminvergabe ist vielschichtig. Dabei ist die Impfbereitschaft der Menschen sehr groß.

Impfberechtigt sind in Gelsenkirchen in Stufe 1 rund 17.000 Personen. 2.830 Termine wurden für Februar vergeben, wöchentlich rund 1.000 Termine im März und April. Hält man die Zusagen ein, wären Anfang Mai rund 12.000 Menschen mindestens einmal geimpft. Für den Zeitraum bis Anfang März ist die genaue Zahl der Impfdosen bekannt. Danach könne man entsprechend der Lieferungszusagen die Termine aufstocken.

Die logistischen Herausforderungen bei der Impfung der Bevölkerung sind enorm. Umso wichtiger ist es, dass die verschiedenen Akteure miteinander reden und ihr Wissen und ihre Expertise teilen und Rückmeldungen von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Verbänden ernst nehmen. Sollten Warnungen der Kassenärztlichen Vereinigung im Vorfeld des Terminvergabe-Starts ignoriert worden sein, wäre das ein großes Versäumnis, das nicht zum Vertrauen in das Handeln der Landesregierung beiträgt.

Zentraldeponie Emscherbruch – Abgeordnete stellen Fragen zur Zukunft und Sicherheit an die Landesregierung

Die Zentraldeponie Emscherbruch (ZDE) bleibt ein Dauerbrenner in der Region. Nachdem die Bezirksregierung vorzeitig vorbereitende Maßnahmen für die Erweiterung genehmigt hatte und bekannt wurde, dass illegale Motocross-Rennen auf dem Deponiegelände veranstaltet wurden, verlangen die SPD-Abgeordneten aus der Region nun Klarheit. In zwei kleinen Anfrage an die Landesregierung wollen die Abgeordneten wissen, wie es genau zu der vorzeitigen Genehmigung und den plötzlichen Rodungsarbeiten kam und wie es um die Sicherheit auf der Deponie bestellt ist.

„Obwohl der Stadtrat in Herne und Gelsenkirchen sich mehrfach mit Beschlüssen gegen eine Erweiterung der Deponie ausgesprochen hat, hat die Bezirksregierung einfach die vorzeitige Erweiterung genehmigt und innerhalb von 24 Stunden rollen die Bagger“, so Alexander Vogt. „Das erweckt bei der Öffentlichkeit den Anschein von internen Absprachen zwischen der Bezirksregierung und dem Betreiber. Da wollen wir nachhaken, wie es zu diesen außerordentlich schnellen Entscheidungen gekommen ist.“

Heike Gebhard betont, dass nun Tatsachen geschaffen worden seien, obwohl die Erweiterung keineswegs rechtlich gesichert sei. „Zu den Beschlüssen der Räte in Gelsenkirchen und Herne kommen die Proteste der Anwohnerinnen und Anwohner. Seit Jahrzehnten übernehmen sie mit der Deponie in ihrer direkten Nachbarschaft eine Solidarleistung für die Region“, erklärt die Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete. „Deshalb wollen wir auch genau wissen, wie die zukünftige Planung der Landesregierung im Hinblick auf die Deponiekapazitäten in der Region aussieht. Bisher fehlen dort klare Perspektiven.“

Die Berichte über illegale Motocross-Rennen auf dem Deponiegelände täten ein Übriges, um das Vertrauen in die Betreibergesellschaft von Politik und Bürgerschaft nachhaltig zu erschüttern. „Wie kann es sein, dass auf diesem gesicherten Gelände Rennen gefahren werden?“, fragt der Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier aus dem Gelsenkirchener Süden. „Für LKW gibt es extra eine Reifenwaschanlage, damit kein Erdreich außerhalb der Deponie verteilt wird und auf der anderen Seite wird dort wild herumgefahren und der Boden dann achtlos verteilt? Betreiber und Landesregierung müssen Auskunft geben, wie es überhaupt dazu kommen konnte und wie in Zukunft sichergestellt wird, dass tatsächlich nur dazu befugte Personen mit ihren Fahrzeugen das Deponiegelände betreten.“

Die Abgeordneten aus der Region betonen abschließend: „Wir werden die Entwicklung der ZDE und das Verhalten von Betreiber und Aufsichtsbehörden weiter intensiv beobachten und kritisch begleiten. Für uns muss es eine Perspektive für das Ende der Abfalldeponierung im Emscherbruch geben.“